

Nicht so eilig!

Beamtinnen und Beamte fordern sorgfältige Beratungen über Pensionen



Mit einer spontanen Aktion vor der Bürgerschaft haben sich heute Beamtinnen und Beamte des bremischen öffentlichen Dienstes an die Abgeordneten gewandt. Sie fordern sorgfältige Beratungen über das Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, mit dem unter anderem die Altersgrenzen angehoben werden sollen.

Vorgesehen ist, dass das Gesetz bereits heute in erster und zweiter Lesung durch die Bürgerschaft beschlossen werden soll. Arno Dick - Beamtensekretär von ver.di - fordert die Abgeordneten auf, ihre Rolle als Gesetzgeber ernsthaft wahrzunehmen. „Die vorgesehenen Änderungen greifen tief in die Lebensplanung von Beamtinnen und Beamten ein. Es ist ein Unding, dass ein solches Gesetz ohne ausführliche Beratung durch die Bürgerschaft gepeitscht werden soll.“



Zudem wird die Heraufsetzung der besonderen Altersgrenze für die Vollzugsdienste –Polizei, Feuerwehr, Justizvollzug- für viele Kolleginnen letztlich eine drastische Kürzung der Altersversorgung bedeuten, weil sie ihre belastenden Tätigkeiten nicht noch länger ausüben können.

Die Abgeordneten seien aufgefordert, über die Folgen des Gesetzes und mögliche Alternativen nachzudenken und sich die dafür notwendige Zeit zu nehmen. Die abschließende zweite Lesung des Gesetzentwurfs müsse verschoben werden.

